



Gesellschaft für
bedrohte Völker

report

Juni 2020

Indigene Völker der Arktis

zwischen Klimawandel und Rohstoffboom



Inhalt

Zusammenfassung	5
Forderungen	7
Grönland – Autonomiestatus schützt nicht vor Zukunftsangst	9
Grönlands Wirtschaft im Umbruch	10
Grönland und China	11
Schatzkammer Sibirien – nur nicht für die Indigenen	13
Die Taymir-Halbinsel in Nordsibirien wird geplündert – zu Lasten der Indigenen	14
Steinkohleabbau zerstört Existenzen der Schoren	15
Öl und Gas auf Kosten der Jamal-Nenzen – Deutschland profitiert durch Nord Stream 2	15
Energiepolitik a la Russia – das schwimmende AKW Akademik Lomonossow	17
Sápmi: Die Sami zwischen Rentierzucht, Windparks und Bergbau	19
Norwegen – Grüne Energie auf Kosten der Sami	19
<i>Kupfermine Repparfjord</i>	
<i>Quarzabbau am Nasafjell</i>	
<i>Die Rechte der Sami in Norwegen</i>	
Schweden – Riesiger Windpark in Markbygden behindert Rentierwanderung	23
<i>Gewohnheitsrecht der Sami in Schweden</i>	
Finnland – Rechte der Sami	24
<i>Neue Wege für Exporte und Importe: Die Arktis-Bahn</i>	
<i>Ur-Wald ist für Rentiere unverzichtbar</i>	
Russland – Die Kola-Sami: Diskriminierung fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit	25
<i>Enteignung von Weideflächen</i>	
Wem gehört die Arktis?	29
Indigene Völker im Arktischen Rat	31
Ziele und Leitlinien der deutschen Arktispolitik	32
Fußnoten	33
Impressum	39



*Friedhof von Kulusuk in Grönland
Foto: Markus Triene/Flickr (CC BY-SA 2.0)*

Zusammenfassung

Der Klimawandel in der Arktis ist ein Seismograph für das Weltklima und begünstigt außerdem den dort zurzeit massiv zunehmenden Rohstoffboom. Beides geht einher mit einem Verteilungskampf der Arktisstaaten Russland, USA (Alaska), Kanada, Dänemark (Grönland), Norwegen, Schweden und Finnland um die politische, wirtschaftliche und geostrategische Vorherrschaft. Da es anders als in der Subarktis kein internationales Abkommen gibt, das Fragen der Umwelt, des Klimaschutzes, der Rohstoffförderung und nicht zuletzt der Rechte der indigenen Bevölkerung der Arktisregion regelt, herrscht Goldgräberstimmung. Neben den unmittelbar an die Arktis angrenzenden Staaten ist auch China überall präsent, erkundet mit einer kleinen Eisbrecherflotte neue Handelsrouten in der Nordostpassage und versucht in dieser zukunftssträchtigen Region Fuß zu fassen.

Die indigenen Völker in der Arktis stehen entsprechend vor enormen Herausforderungen. Der Klimawandel bedeutet für sie einen grundsätzlichen Wandel ihrer Lebensbedingungen, aber auch einen Wertewandel. Manche Gemeinschaften werden gespalten zwischen denen, die Traditionen erhalten wollen, und jenen, die am Wirtschaftswachstum nach Vorbild der westlichen Welt teilhaben wollen. Grönland ist ein gutes Beispiel. Einerseits beklagen die traditionell auf Grönland lebenden Inuit das nahende Ende von Jagd und Fischfang auf dem Eis, das immer dünner wird und für immer kürzere Perioden zufriert. Andere Grönländer*innen dagegen wollen mit den Abbau- lizenzen für Rohstoffe und sogar mit dem dank steigender Temperaturen reichlich vorhandenen Tauwasser Handel treiben und sich damit die Los-

lösung von Dänemark finanzieren. Auch in Skandinavien nimmt der Druck der Öl- und Gasindustrie, der Holzwirtschaft und von Bergbauunternehmen auf das Land und die Lebensweise der samischen Rentier-Hirt*innen stetig zu. Die Konkurrenz um das Land wird größer. Der Klimawandel verändert die Abfolge von Regen und Schnee, Tauwetter und Frost, so dass die Rentiere auf ihren Wanderungen nicht mehr genug Futter finden. Windparks, Bahntrassen, Straßen und Arbeiter-siedlungen zerschneiden die Rentierweiden und tragen soziale Brüche in den hohen Norden Europas. Diese Veränderungen gehen für viele Indigene schneller vonstatten, als sie sich und ihre Lebensweise anpassen können. Identitätsverlust insbesondere unter Jugendlichen ist oft die Folge.

Die Arktis erwärmt sich viel schneller als der restliche Erdball. Damit wird sie auch aus geostrategischer Sicht immer interessanter für Russland, die USA und China, die um die Vorherrschaft in den immer länger eisfrei bleibenden Gewässern des Nordpolarmeeres ringen. Der Versuch von US-Präsident Donald Trump, Dänemark Grönland abzukaufen, ist dafür ein zwar skurriles, aber wichtiges Symbol. Die EU und mit ihr die Bundesrepublik Deutschland müssen ihre Position zwischen Klimaschutz und Menschenrechten, zwischen Wirtschaftsinteressen und Nachhaltigkeit noch definieren und festklopfen. Die Bundesregierung hat Beobachterstatus bei den Sitzungen des Arktisrates und mit den „Leitlinien deutscher Arktispolitik“ im August 2019 ihre Position für eine nachhaltige und die Rechte der Indigenen einbeziehende Nutzung der Arktis festgelegt.

Ein international gültiges Regelwerk analog zur Antarktis gibt es für die Arktis nicht. Wegen der wirtschaftlichen und strategischen Eigeninteressen der Staaten, die es aushandeln müssten, ist es kaum vorstellbar. Stattdessen werden Bereiche wie Fischerei, Rohstoffförderung, Umweltschutz, indigene Rechte und andere in zahlreichen Einzelabkommen geregelt werden müssen.

Indigene Völker könnten die Verlierer dieser rasanten Entwicklung werden. Formal gibt es zwar eine relativ gute Grundlage für ihre Ansprüche. Norwegen und Dänemark haben die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation der UN (ILO 169) ratifiziert. Bis auf die Russische Föderation, die sich 2007 enthalten hat, sind alle Arktisanrainer der Allgemeinen Erklärung der UN zu den Rechten indigener Völker (UNDRIP) beigetreten. Grönland verfügt über einen umfassenden Autonomievertrag mit Dänemark. In den skandinavischen Staaten haben die Sami mit den Sami Councils eigene politische Vertretungen, wenn auch nur mit beratendem Charakter. Auch im

Arktischen Rat, der eine wichtige Schlüsselrolle in der Abstimmung über die internationalen Interessen einnimmt, können die indigenen Organisationen als Gruppe der permanenten Teilnehmer zwar mitdiskutieren, mitbestimmen können sie jedoch nicht.

Häufig fehlt es noch am politischen Willen der Staaten, die Indigenen bei Verhandlungen um die Nutzung ihrer Territorien als Vertragspartner*innen auf Augenhöhe zu akzeptieren und die damit zusammenhängenden Entscheidungswege und Zeitfristen zu respektieren. Zudem schüren Klimawandel und Rohstoffförderung Konflikte und Spaltungen innerhalb indigener Gemeinschaften. So ist die Gefahr groß, dass die Inuit, Sami und indigenen Völker in Sibirien vom rasanten Tempo der Erderwärmung und damit einhergehender Erschließung von Rohstoffvorkommen überrollt werden. Dringend müssen daher die Regierungen und Unternehmen indigene Rechte stärker beachten und einen ungezügelten Rohstoffwettbewerb in der Arktis verhindern.

Forderungen

Die Arktisanrainerstaaten, die EU und die UN

- ✘ müssen Verhandlungen für internationale Arktis-Verträge initiieren, welche ein Regelwerk schaffen für die Rohstoffindustrie in der Arktis, das die grundlegenden Menschenrechte und die Landrechte der indigenen Völker sowie deren Recht auf Selbstbestimmung respektiert.

Die Regierungen Schwedens, Finnlands und der Russischen Föderation

- ✘ sollen die UN-Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO 169) ratifizieren und in ihre Gesetzgebung aufnehmen.

Die Regierungen Schwedens und Finnlands

- ✘ sollen das Regelwerk der UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) und insbesondere das Recht auf freie, vorherige, informierte Zustimmung (Free Prior Informed Consent/FPIC) respektieren und umsetzen.

Die Regierung der Russischen Föderation

- ✘ soll der UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) und der UN-Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO 169) beitreten und ihr Regelwerk, insbesondere das Recht auf freie, vorherige, informierte Zustimmung (Free Prior Informed Consent/FPIC), in die eigene Gesetzgebung aufnehmen.

Die deutsche Bundesregierung

- ✘ soll sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für internationale Arktis-Verträge einsetzen, in denen die Rechte der indigenen Völker der Arktis festgeschrieben werden und einer umweltgerechten, nachhaltigen Nutzung der Ressourcen der Vorrang vor einer Rohstoffförderung um jeden Preis gegeben wird.

Die deutsche Bundesregierung

- ✘ soll die UN-Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO 169) ratifizieren, so wie es im aktuellen Koalitionsvertrag von 2018 festgehalten ist, um die politischen Selbstvertretungsstrukturen wie den Inuit Circumpolar Council (Grönland), die Sami-Räte in Skandinavien und indigene Dachorganisationen in der Russischen Föderation wie Raipon und Aborigen zu unterstützen.

Deutschland soll sich dafür einsetzen,

- ✘ dass die Leitlinien seiner Arktispolitik mit der Betonung der Nachhaltigkeit und des Schutzes der Rechte indigener Völker zum EU-Maßstab werden.



Disco Bay in Westgrönland
Foto: twiga 269/Flickr (CC BY 2.0)

Grönland – Autonomiestatus schützt nicht vor Zukunftsangst

Grönlands Rohstoffreichtum trägt Fluch und Segen in sich. Er kann neue Jobs bringen für eine junge Generation der grönländischen Inuit, die nicht mehr von der traditionellen Jagd oder dem Fischfang leben kann oder will. Der Tourismus kann längst nicht alles abfedern. Meist profitieren ohnehin nicht die Inuit selbst, sondern die großen internationalen Konzerne. Junge Grönländer*innen, die in Kopenhagen oder noch weiter entfernt studieren, verändern damit auch ihre Ansprüche und ihre Lebensweise. Sie könnten in den Projekten des Rohstoffbooms eine Zukunft sehen. Diese bergen aber auch das Risiko von Zerstörung der sehr fragilen arktischen Umwelt, des Kontrollverlustes über das eigene Land, der Zerstörung der Kultur, Identität und wirtschaftlichen Eigenständigkeit.

Noch immer liegt Grönland zum größten Teil dauerhaft unter Schnee und Eis. Grün ist nur die Südspitze der Insel. Dort gibt es Schaf- und Rinderzucht, Landwirtschaft und Gemüseanbau. Die meisten der gut 56.000 Grönländer*innen leben nach wie vor von der Selbstversorgung durch Fischfang und Jagd auf dem zugefrorenen Meer und vom Tourismus. Doch das Eis wird nicht mehr so dick wie früher und trägt die Jäger*innen nicht mehr zuverlässig. Auch die kommerzielle Fischerei, mit der Grönland 85 Prozent seiner Exportwirtschaft bestreitet, verändert sich. Das Wasser wird wärmer. Dadurch nehmen die Kabeljaube-

stände zu. Der Kabeljau aber frisst den Inuit die Shrimps weg, die ihnen bisher den wichtigsten Ertrag brachten.

Die Fischereiwirtschaft hat internationale Dimensionen. Am 3. Oktober 2018 unterzeichneten Kanada, die USA, die Russische Föderation, Norwegen, Dänemark, Island, die Europäische Union (EU), Korea, Japan und China ein Abkommen, in dem sie sich zu einer wissenschaftlichen Zusammenarbeit für eine künftige nachhaltige Fischereiwirtschaft im Nordpolarmeer verpflichten.¹

Dabei soll getreu der Erklärung der Vereinten Nationen (VN) zu den Rechten indigener Völker (UNDRIP) das Wissen der indigenen und der lokalen Bevölkerung ausdrücklich einbezogen sein. Am Verhandlungstisch saßen die Indigenen allerdings nicht. Dies ist symptomatisch. Die Indigenen laufen Gefahr, von der Entwicklung überrollt und von den Entscheidungsträger*innen übergangen zu werden.

Kalaallit Nunaat (Land der Kalaallit), wie Grönland in der Landessprache heißt, ist die größte Insel der Welt mit der zugleich geringsten Bevölkerungsdichte. 17.600 der insgesamt 56.000 Einwohner*innen leben in der Hauptstadt *Nuuk*. Politisch ist Grönland Teil Dänemarks. Geografisch gehört es zu Nordamerika. Seit 1979 gilt ein umfassender Autonomiestatus für die Insel. Dieser ermöglichte Grönland 1985 den Austritt aus der EU.

Fast 90 Prozent der Grönländer*innen sind Angehörige einer der drei Inuit-Gruppen *Kalaallit* (West-Grönland), *Tunumiit* (Ost-Grönland) und *Inughuit* beziehungsweise *Avanersuarmit* im Norden. Offizielle Landessprache ist *Kalaallisut*, die Zweitsprache ist Dänisch. Die meisten Grönländer*innen sind zweisprachig.

Die rechtliche Stellung Grönlands ist durch das 2009 verabschiedete Selbstverwaltungsgesetz und durch die Verfassung Dänemarks geregelt. Grönland verwaltet sich weitgehend selbst. Nur die Außen- und Verteidigungspolitik obliegt weiterhin Dänemark. Grönland und Dänemark traten beide 2007 der UN-Erklärung zu den Rechten indigener Völker UNDRIP bei. Dänemark ratifizierte zudem bereits 1996 die Konvention 169 der UN-Arbeitsorganisation ILO.²

Grönlands Wirtschaft im Umbruch

Durch den Klimawandel nimmt das Meereis, das im Winter als Transportweg unverzichtbar ist, an Fläche und Dicke ab. Am 13. Juni 2019 verzeichnete das *European Centre for Mediumrange Weather Forecasting* als bisheriges Extrem eine Temperatur von 22 Grad Celsius über dem Normalwert von um die minus 4,7 Grad Celsius in dieser Zeit. Die Höchsttemperatur wurde im Dorf *Qaanaaq* mit 17,3 Grad Celsius gemessen.³

Grönland ist reich an Rohstoffen. Vorkommen an Öl, Kohle, Zink, Gold, Kupfer, Nickel, Platin, Uran werden bisher kaum abgebaut. 2018 gab es sechs Abbaulizenzen, 61 Genehmigungen zur Exploration (Erforschung) von Rohstoffvorkommen, neun Schürfkonzessionen und 56 weitere kleinere Lizenzen. Eine Mine zum Abbau von Anorthosit und eine weitere zum Schürfen von Rubinen waren in Betrieb. Anorthosite sind ein wichtiger Ausgangsstoff für die Herstellung von Steinwolle, werden

aber wegen ihrer schillernden Lichtbrechung auch als Schmucksteine verwendet. Beide Projekte bringen Arbeitsplätze und Geld in die Kassen der Verwaltung Grönlands, werden aber in Grönland und Dänemark kontrovers diskutiert.

Noch in der Planung ist eine Tagebaumine des australischen Unternehmens *Greenland Minerals and Energy/GME* für den Abbau Seltener Erden bei *Narsaq* in Südgrönland, das *Rare Earth Elements (REE) – Project*. Dort fürchtet man jetzt um die Zukunft der Agrarbetriebe, weil die Mine mit ihrem Abraum die Umwelt verseuchen könnte. Dänemark hegt überdies geopolitische Bedenken, da China mit 12,5 Prozent Anteilseigner an der Mine ist. Natürlich gibt es auch Fürstimmungen, die vor allem auf Arbeitsplätze hoffen. Beide Seiten beklagen sich über Intransparenz und das Fehlen verständlicher Informationen.

Interessenvertretung der Inuit auf nationaler wie internationaler Ebene ist die grönländische Sek-

tion des *Inuit Circumpolar Council (ICC)* (dt. etwa: Pol umspannender Rat der Inuit), in dem die Organisationen der Inuit aus allen Teilen der Arktis zusammengeschlossen sind. Bei seiner Hauptversammlung 2018 verabschiedete der ICC die *Utqiaġvik-Deklaration*, die sich unter anderem für eine verantwortungsvolle Bergbaupolitik und für die Nutzung indigenen Wissens bei jeglichem Abkommen zur Regulierung der Hochseefischerei im Nordpolarmeer ausspricht. Der Verlauf und die Nutzung des Meereises und die Nutzung der Polarmeerküste sollten aufgezeichnet und kartiert werden.

Konkrete Vorstellungen davon, wie sie aus dem Klimawandel Kapital schlagen könnte, hat die Autonomieregierung Grönlands im Februar 2020 publik gemacht. Grönlands Energieminister Jess Svane von der Siumut-Partei möchte das Schmelzwasser des abtauenden Eises vermarkten. Neun von insgesamt 16 Lizenzen für die Vermarktung wurden bereits vergeben. Um die Abhängigkeit vom Fischfang als Wirtschaftszweig zu beenden, soll eine neue Öl- und Gasstrategie mit Steuernachlässen und neuen Ölfeldern Ölunternehmen anlocken. *„Soweit wir sehen können, wird der globale Öl- und Gasbedarf weiter steigen. Grönland hat das gleiche Recht wie alle anderen Nationen, diese Einkommensquelle zu nutzen, bis auf der Welt ausreichend erneuerbare Energie gewonnen werden kann“*, sagte Svane.⁴

Grönland und China

Russland, China und die USA wetteifern um den Zugriff auf die grönländischen Rohstoffe. Das Interesse des US-Präsidenten Donald Trump an einem Kauf Grönlands ist deutliches Zeichen für den Machtanspruch der USA. Im April 2020 wurde bekannt, dass die USA die Beratertätigkeit von US-Spezialisten für die Bereiche Bildung und Rohstoffe auf Grönland großzügig mit 12,1 Millionen US-Dollar unterstützen.⁵ Außerdem haben sie 2020 ein Konsulat auf Grönland eröffnet. Die USA

wollen vorbereitet sein, sollte die Bevölkerung Grönlands sich für die Unabhängigkeit von Dänemark entscheiden. Nach unterschiedlichen Schätzungen sprechen sich mittlerweile bis zu 64 Prozent dafür aus.⁶

China betrachtet Grönland als willkommenen Zwischenstopp an seiner „*polaren Seidenstraße*“. Eine kleine Eisbrecherflotte soll China den Zugang zum Nordpolarmeer ermöglichen. Als die grönländische Regierung Aufträge für insgesamt drei große Flughäfen ausschrieb, bewarb sich China um den Zuschlag – ohne Erfolg. Vor allem Dänemark und die nicht-indigenen Grönländer*innen hatten Bedenken, denn China ist dafür bekannt, sich im Tausch gegen Infrastruktur-Projekte wie Flughäfen, Straßen oder Wasserversorgung Zugang zu den Rohstoffvorkommen eines Landes zu verschaffen. Arbeitsplätze, auf die die grönländischen Inuit hoffen, werden dadurch nicht automatisch geschaffen, denn in der Regel bringt China eigene Mitarbeiter zu seinen Projekten mit.⁷

Der grönländische Premierminister Kim Kielsen von der Siumut-Partei unterhält gute Beziehungen zu China. Grönlands Unabhängigkeitsbewegung verspricht sich davon große Fortschritte für die wirtschaftliche Eigenständigkeit. Zurzeit ist der Haushalt des Autonomiegebietes noch von Kopenhagen abhängig. Grönland verhandelt mit China, aber auch mit anderen außereuropäischen Staaten wie Kanada, was von Beobachtern als starkes Zeichen für die Ambitionen der Autonomieregierung in Richtung Unabhängigkeit gewertet wird. Im Oktober 2017 besuchte eine grönländische Delegation unter Führung von Kielsen Beijing und sprach dort über eine stärkere Zusammenarbeit in den Bereichen Fischerei, Bergbau und Tourismus. Außerdem wurde eine Eröffnung wechselseitiger Niederlassungen in Nuuk und Beijing in die Wege geleitet.⁸

China hat bereits enorme Summen in den Abbau von Uran und Zink in Kvanefjeld und von Eisenerz in Issua investiert. Der Kauf einer ehemaligen und

jetzt verlassenen Einrichtung der US-Marine bei Grønnedal und die Beteiligung Chinas am Bau der drei Flughäfen scheiterten dagegen am Einspruch Dänemarks. Insgesamt erreichten die Investitionen Chinas in Grönland Anfang 2019 einen Anteil von 11,6 Prozent am grönländischen Bruttonutzenprodukt.⁹

Kupik Kleist, von 2009 bis 2013 Ministerpräsident Grönlands, sieht diese Entwicklung skeptisch. *„Untersuchungen haben ja gezeigt, dass wir wirtschaftlich gar nicht auf eigenen Beinen stehen könnten, wenn die jährlich 500 Millionen Euro aus Dänemark wegfielen. Die könnten wir vielleicht zwar irgendwann mit großen Gewinnen aus dem Tourismus und dem Abbau von Bodenschätzen wettmachen. Aber selbst dann müssten wir uns eingestehen, dass das Bildungsniveau auf Grönland für einen solchen Schritt schlicht zu niedrig ist.“*

Noch immer verlässt fast jeder dritte Jugendliche in Grönland die Schule ohne Abschluss. Kleist erinnert daran, dass die Grönländer längst so gut wie alle innerstaatlichen Aufgaben hätten übernehmen können – von der Gerichtsbarkeit, über die Polizei bis zur Fischereinspektion. Dänemark wolle lediglich die Kontrolle über die Außen- und Sicherheitspolitik behalten. *„In dem Gesetz zur Selbstverwaltung wurde uns von Dänemark zugestanden, 32 hoheitliche Aufgaben zu übernehmen. Aber wir haben in zehn Jahren gerade einmal eine dieser Aufgaben übernommen – die Aufsicht über die Rohstoffe. Viele Leute reden bloß gerne über die Unabhängigkeit, aber tun nichts dafür. Sie haben dafür keinen Plan, zum Beispiel für bessere Bildung. Das wäre für mich eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Staatengründung.“¹⁰*

*Ist Kreuzfahrttourismus Grönlands Zukunft?
Foto: Aline Dassel, Pixabay 2009*



Schatzkammer Sibirien – nur nicht für die Indigenen

Sibirien ist eine Schatzkammer, reich gefüllt mit Öl, Gas, Kohle, Edelmetallen, Edelsteinen und anderen Schätzen. Es umfasst den größten Teil des asiatischen Territoriums von Russland sowie den Norden von Kasachstan und ist mit seinen rund 16 Mio. Quadratkilometer Fläche größer als Europa. Die indigenen Gemeinschaften dieses größten Teils der Arktis leben traditionell mehrheitlich von der Rentierhaltung, der Jagd und dem Fischfang. In Russland werden 40 Völker offiziell als indigene Minderheiten des Nordens, Sibiriens und des Fernen Ostens anerkannt. Sie konnten ihre traditionelle Lebensweise teilweise beibehalten und siedeln in ihren Territorien im Norden und in den asiatischen Teilen des Landes. Die Zahl ihrer Mitglieder liegt zwischen unter 200 (*Orotschen*) und 34.000 (*Nenzen*).¹¹ Zusammen machen sie nach Angaben der dänischen NGO *IWGIA* 260.000 Menschen aus.

Die Russische Föderation hat die Konvention 169 der ILO nicht ratifiziert und ist auch der UN-Deklaration zu den Rechten indigener Völker nicht beigetreten, sondern hat sich in der UN-Vollversammlung 2007 der Stimme enthalten. Ratifiziert hat die Russische Föderation das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarates.¹² Die rechtliche Stellung der indigenen Völker in Sibirien ist daher wesentlich schwächer als die indigener Völker in anderen Teilen der Arktis. Der Dachverband der indigenen Gemeinschaften *RAIPON* wurde im November 2012 offiziell geschlossen, weil der Aufbau der Organisation angeblich nicht den gesetzlichen Vorgaben

der Russischen Föderation entsprach. Nach heftigen weltweiten Protesten wurde die Organisation zwar wiedereröffnet, unabhängig handeln kann sie jedoch nicht mehr. An ihrer Spitze steht jetzt ein Vertreter der Putin-Partei *Einiges Russland*. Viele russische Indigene haben *RAIPON* daraufhin verlassen und das Netzwerk *Aborigen Forum*¹³ aufgebaut. Es spart nicht mit Kritik an der Kehrseite des Rohstoffbooms und macht engagiert auf Menschenrechtsverletzungen an indigenen Völkern in der russischen Arktis aufmerksam.¹⁴

Indigene werden häufig schikaniert und kriminalisiert. So steht ihnen zwar per Gesetz das Recht zu, als Teil ihrer traditionellen Lebensweise unbegrenzt und ohne Genehmigung Fischfang zu betreiben. In der Realität können sie jedoch sehr oft nicht frei entscheiden, wann und wo sie welche Art von Fisch fangen. Sie bekommen oft Fangplätze zugewiesen, die für eine Selbstversorgung vollkommen ungeeignet sind. In einem Fall lag er 150 Kilometer vom Dorf der Fischer*innen entfernt. Früher zogen die Indigenen in kleinen mobilen Einheiten durch die Tundra und Taiga Sibiriens, inzwischen werden sie zunehmend sesshaft gemacht und verlieren zusehends die eigene Kultur und Lebensweise. Mehr als neunzig Prozent sind heute sesshaft. Die Rentierzüchter*innen in Sibirien sind schon jetzt Opfer der internationalen Energiepolitik, insbesondere der Kooperation zwischen Russland und Deutschland bei Förderung und Transport von Erdgas (*Nord Stream 2*). Ihre Institutionen werden vom Staat anders als in Schweden, Norwegen oder Finnland behindert

oder gar verhindert. Wer versucht, die traditionelle Lebensweise weiterzuführen, wird eingeschüchtert und verfolgt.¹⁵

Die Taimyr-Halbinsel in Nordsibirien wird geplündert – zu Lasten der Indigenen

Taimyr gilt als das neue Eldorado von Russlands „Wildem Norden“. Dort lagern 22 Millionen Tonnen Kupfer, 12 Millionen Tonnen Nickel, 1,7 Milliarden Tonnen Eisenerz, mehrere Millionen Tonnen Kohle sowie Erdöl und Erdgas. Es gibt auch große Vorkommen an Lithium, das genauso wie Nickel für Batterien von Elektroautos wichtig ist. Die deutsche Auto-Zulieferindustrie sichert sich bereits Rohstoffe aus der Arktis. Auch das russische Unternehmen *Nornickel* setzt auf eine steigende Nachfrage nach „umweltfreundlichen“ Elektroautos in Europa. Es investiert in Taimyr Milliardenbeträge in die Nickelproduktion. Dabei wird jedoch giftiger Staub freigesetzt, der die Luft belastet, und Transportwege zerstören die Umwelt. Der Abbau begehrter Ressourcen führt immer wieder zur Verseuchung von Flüssen auf Taimyr, da Pipelines oder Abraumbetten für Klärschlamm leck schlagen. Ein schwerer Unfall ereignete sich am 29. Mai 2020. Aus einem vermutlich durch auftauenden Permafrostboden beschädigten Treibstofftank liefen große Mengen Diesel aus und verseuchten Flüsse und Seen in der Umgebung von Norilsk. „In der Region Taimyr, nördlich des Unglücksortes, leben Dolganen und Nenzen“, berichtet Tjan Zaotschnaja, ehrenamtliche Sibirien-Expertin der Gesellschaft für bedrohte Völker. „Die Jäger, Sammler und Fischer dort sind auf die jetzt verseuchten Flüsse und Seen angewiesen – auf die Fische, Zugvögel, aber auch das Trinkwasser für sich und ihre Rentiere. Der Diesel bedroht nicht nur ihre traditionelle Lebensweise, sondern auch ganz konkret ihr Leben.“¹⁶ Vor den Küsten wird außerdem nach Erdöl und Erdgas gesucht. Russland will bis zum Jahr 2025 drei Milliarden Euro in die Erschließung neuer Rohstoff-

vorkommen in der Arktis investieren.¹⁷

Die Taimyr-Halbinsel ist die Heimat von *Dolganen, Nenzen, Nganassanen, Ewenken* und *Enzen*. Mitte der 1960er Jahre begann die Regierung, das wirtschaftliche Potential der russischen Arktis zu entdecken. Frühere Weideflächen für Rentiere mussten Raffinerien, Bergbaubetrieben und Eisenbahnstrecken weichen. Nomadisierende Gemeinschaften wurden häufig in die Sesshaftigkeit gezwungen. Die Dolganen mussten ihren Siedlungsplatz Ust-Awam sogar selbst erbauen. Etwa 700 Menschen leben heute dort. Trotz der Sesshaftigkeit spielt das Rentier immer noch eine wichtige Rolle im Leben der kleinen Völker. Das traditionelle Verwerten der Rentiere ist noch erlaubt. Es bildet für die indigenen Völker eine wichtige Nahrungs- und Einnahmequelle. Mit einem staatlichen Betrieb für die Rentierzucht beschneidet die Regierung jedoch die wirtschaftliche Autonomie der indigenen Rentierhalter. Sie leiden unter Verboten und Schikanen. Das Recht, freilebende Rentiere zu bejagen, wird für die Indigenen eingeschränkt, obwohl das russische Verfassungsgericht im Mai 2019 zu ihren Gunsten entschieden hat. Die Zahl der wilden Rentiere sei dramatisch zurückgegangen, heißt es zur Begründung. Neu hinzuziehende Arbeitskräfte erhalten jedoch weiterhin großzügig Jagdlizenzen. Auch der Konzern *Vostok Coal* zerstört den Lebensraum der wilden Rentiere. Er verletzt Lizenzverträge und dringt in geschützte Gebiete vor. Der Bau von zwei Hafenterminals und einer Bahnstrecke für den Abtransport der Kohle aus den abgelegenen Fördergebieten hat ebenfalls schlimme Folgen für die empfindliche arktische Umwelt.

Weil er sein Recht auf Rentierjagd in Anspruch nimmt, wurde der Dolgane Gennadij Schtschukin aus Ust-Awam schikaniert. Drei Jahre lang musste er sich immer wieder wegen angeblich illegaler Jagd vor Gericht verantworten. Sein Anwalt verwies zwar auf das Recht, dass den Indigenen pro Person jährlich acht Rentiere zustehen und dass

sie dieses Recht auch auf andere Mitglieder ihrer Gemeinschaft übertragen können. Trotzdem wurde Schtschukin 2017 zu einer Geldstrafe verurteilt, später aber amnestiert. Weil ihm das jedoch nicht ausreichte, wandte er sich an das Verfassungsgericht der Russischen Föderation. Das Gericht urteilte im Mai 2019 zu seinen Gunsten. Das Recht, bis zu acht Tiere pro Jahr zu erlegen, sei tatsächlich innerhalb der Gemeinschaft übertragbar, nur dürfe das Gesamtkontingent aller Gemeinschaftsmitglieder nicht überschritten werden. Das Verfassungsgericht wies die unteren Instanzen an, ihre Urteile mit dem des Verfassungsgerichts in Übereinstimmung zu bringen. Gennadij Schtschukin ist rehabilitiert.

Steinkohleabbau zerstört Existenzen der Schoren

Etwa 10.000 der insgesamt 13.000 Schoren leben im Bezirk *Kemerowo*, Republik *Chakassien*, in einem der großen Kohlereviere Russlands im Süden Westsibiriens. In ihrem Land wird Steinkohle für den Export abgebaut. Viele Schoren wurden durch die Kohleförderung aus ihren Dörfern vertrieben, was dazu führte, dass heute rund 74 Prozent von ihnen in Städten leben. Ihre Sprache wird jedoch vornehmlich in den Dörfern gesprochen, so dass sie heute akut vom Aussterben bedroht ist. Auch das traditionelle Kunsthandwerk der Schoren stirbt nach und nach aus.¹⁸

Schoren, die sich gegen die Kohleindustrie wehren, werden kriminalisiert und verfolgt. Das Schicksal von Yana Tannagasheva aus dem Dorf Kazas in Kemerowo ist dafür ein trauriges Beispiel: Einige Schoren leben hier noch immer sehr traditionell in kleineren Orten oder Dörfern im Süden dieser Region von Fischfang und dem Sammeln von Pinienkernen (*Cedar nuts*). Viele Jahre haben sie sich hartnäckig gegen den Kohlebergbau gewehrt, der sich immer weiter in ihre bis dahin unberührte Natur hineinfrisst. Brandan-

schläge zerstörten 2013/2014 alle Häuser in *Kazas*, so auch das Haus von Yana und Vladislav Tannagasheva. Die Schoren werteten dies als Teil eines Planes der Kohleindustrie, sie zu vertreiben. Denn das Unternehmen kontrollierte mit einem Checkpoint den Zugang zu dem Dorf und hätte den Brandanschlag verhindern können. Auf regionaler und nationaler Ebene wurde eine Hetzkampagne gegen die politisch aktiven Schoren gestartet, die ihre Proteste dennoch fortsetzten. Yana Tannagasheva verlor ihre Arbeit. Polizei, der Geheimdienst FSB und das Kohleunternehmen bedrohten sie. Ihr Telefon wurde abgehört, die Familie wurde engmaschig überwacht, sogar die Kinder wurden bedroht. Schließlich wurde die Situation zu gefährlich und Familie Tannagasheva musste ihre Heimat verlassen.¹⁹

Kemerowo gehört zum Kuzbass, einem der größten Kohlebecken der Welt. Hier gibt es 58 Minen und 36 Tagebaue. Der Abbau kann mit minimalem Aufwand betrieben werden. Rekultivierung nicht mehr benötigter Stätten findet nicht statt. Das Dorf *Rassvet* in der Region *Novokudznetsk* musste wegen des Unternehmens *Coal Energy* schon dreimal verlegt werden. Seit 2009 wird dort Kohle im Tagebau gewonnen. Die Sprengungen erschüttern die Fundamente der in der Nähe stehenden Häuser und zerstören sie. Die Menschen werden von dem unablässig niederrieselnden Kohlestaub krank.²⁰

Öl und Gas auf Kosten der Jamal-Nenzen - Deutschland profitiert durch Nord Stream 2

Das autonome Gebiet der *Jamal-Nenzen* auf der Halbinsel *Jamal* ist das Hauptfördergebiet Russlands für Gas. Das Leben der Nenzen, das sie dort seit Generationen mit ihren Rentierherden teilen, ändert sich derzeit dramatisch. Etwa 15.000 Nenzen gibt es auf Jamal, 10.000 von ihnen sind Rentier-Hirten. Sie leiden immer stärker unter der steigenden Nachfrage nach Erdöl, Erdgas und

Mineralien. Pipelines durchziehen Weidegebiete ihrer Herden und zerstören ihren Lebensraum. Die Errichtung der Infrastruktur für diese Industrie hat auf den Permafrostböden gewaltige Schäden hinterlassen. Es wird Jahrzehnte dauern, bis sich die Natur davon erholt, wenn überhaupt. Gas, das an Ölbohrstellen entweicht und nicht genutzt werden soll, wird abgefackelt und verschmutzt die Luft. Waldbrände in der sibirischen Arktis nehmen durch anhaltende Hitze und Trockenheit dramatische Ausmaße an.²¹

Auf Jamal kommt es immer wieder zu Razzien durch den Dienst zum Schutz der Bioressourcen (Bioresources Conservation Service) der Regionalregierung. Dabei werden die indigenen Siedlungen regelmäßig mit Helikoptern überflogen, um das Verhalten der Indigenen zu überwachen. Immer wieder kommt es zu willkürlicher Beschlagnahme von Nahrungsmitteln und Jagdwaffen. In einem Fall, den die dänische NGO IWGIA dokumentierte, wurden einem Nenzen alle seine Jagdwaffen abgenommen, obwohl er eine gültige Lizenz hatte. Auch sein Wintervorrat an gefrorenem Fisch wurde konfisziert, obgleich er für sich und seine Familie eine Fangquote erhalten hatte.²²

Die Nenzen können sich nur schwer gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage wehren. „*Es hat einige Versuche auf regionaler Ebene gegeben sich zu organisieren*“, berichtet Dmitry Berezhkov. Er war vor dessen vorübergehender Schließung Präsident des heute weitgehend entmündigten indigenen Dachverbandes RAIPON und lebt seit 2017 als politischer Flüchtling in Norwegen. „*Es gibt zum Beispiel eine Vereinigung der Rentierhirten. Aber die Führung aller Organisationen wird kontrolliert oder steht unter dem Einfluss des Staates und der Öl- und Gasunternehmen. Sie organisieren sehr gern Festivals, Feiern zu Ehren der Rentier-Hirten, Sportwettbewerbe oder Veranstaltungen für Kultur und Sprache. Aber wenn es zum Konflikt zwischen den Rentier-Hirten und der Gas- und Öl-industrie kommt, zeigt uns die Erfahrung, dass diese*

Organisationen die Interessen der indigenen Völker nicht schützen können oder wollen. Es werden immer neue Gasfelder erschlossen im Norden und Osten der Halbinsel bis hin zur anderen Seite des Ob-Delta. Das Netz der Gas-Pipelines breitet sich über das ganze Land aus. Und für jede Pipeline und jede Straße nehmen sie den Rentier-Hirten ein weiteres Stück Land. Die Hirten weichen dann auf das restliche Land aus, aber das wird zur Folge haben, dass die Herden irgendwann kleiner werden müssen und die Rentierhalter in Konkurrenz zueinander um das Weideland geraten werden.“ In letzter Konsequenz könne das sogar bedeuten, dass Teile der Herden geschlachtet werden müssten oder verhungern würden, weil das verbleibende Land sie nicht mehr alle ernähren könne. „*Ich glaube, dass in den nächsten beiden Jahrzehnten sehr viele Rentiere auf Jamal sterben werden. Immer mehr Indigene werden sich in festen Dörfern niederlassen, was für sie zu sozialem Niedergang, zu Alkoholmissbrauch und dergleichen führen kann. Sie werden ihre Sprache und ihre traditionelle Lebensweise verlieren. So wird, denke ich, die Zukunft sein.*“²³

Für die Nenzen kommt erschwerend hinzu, dass die Unternehmen Wanderarbeiter anlocken, die sich in der Gegend niederlassen, eine Konkurrenz werden für die Fischer und auch wildern. Der abtauende Permafrost setzt Milzbranderreger frei, auch als „*sibirische Krankheit*“ bekannt, und gefährdet damit Menschen und Tiere zusätzlich.

Russland und Deutschland sind in der Öl- und Gas-Wirtschaft enge Partner. Deutlich wird das unter anderem an einem aktuellen Großprojekt, der *Pipeline Nord Stream 2*. Sie verläuft von der Jamal-Halbinsel durch die Ostsee bis in die Nähe von Greifswald im Nordosten von Mecklenburg-Vorpommern. Es wird erwartet, dass die Pipeline Ende 2020 bis Anfang 2021 in Betrieb genommen wird. Sie soll jährlich mehr als 55 Milliarden Kubikmeter Gas nach Deutschland und in andere europäische Länder befördern.

Nicht nur die Jamal-Nenzen, die im Fördergebiet leben, leiden unter den Folgen der Förderung dieses Gases. Auch indigene Völker an der Ostsee, in der Umgebung der Stadt Sankt Petersburg, sind von Nord Stream 2 betroffen. Die Route verläuft durch das Biosphärenreservat Kurgalskij in der Region St. Petersburg und wird dort viele geschützte Tier- und Pflanzenarten in akute Gefahr bringen und die Natur nachhaltig schädigen. *Woten, Ischoren* und *Ingermanlander*, die in dieser Region leben, werfen dem Betreiber Gazprom vor, dass sie nicht angemessen in die Planung der Pipeline-Route einbezogen wurden. Altkanzler Gerhard Schröder ist Präsident des Nord-Stream-2-Verwaltungsrates und muss sich Mitverantwortung für diese Menschenrechtsverletzungen vorwerfen lassen.

Energiepolitik a la Russia – das schwimmende AKW Akademik Lomonossow

Russland setzt für seine wirtschaftliche Zukunft stark auf die russische Arktis und die Ausbeutung der Öl- und Gasreserven an Land und vor der Küste. Zahlreiche neue Projekte sind in Planung. Dabei sind neue petrochemische Komplexe und Pipelines inbegriffen. Am 30. Januar 2020 wurde ein neues Arktisgesetz verabschiedet. 210 Milliarden Euro sollen demnach in ein Investitionsprogramm für die Ölförderung in der russischen Arktis fließen. Darüber berichtet der Online-Nachrichtendienst *Barents Observer* (4. Februar 2020). Die Erschließung der Seewege im Arktischen Ozean habe für Waldimir Putin eine sehr hohe Priorität. Zuständig für die Planungen sind der Minister für den Fernen Osten und die Arktis, Aleksandr Kozlov, und der stellvertretende Premierminister mit Sonderbereich für den Fernen Osten, Jury Trutnev. Gefördert wird das Arktis-Engagement durch enorme Steuerprivilegien bis hin zum Erlass der Steuern für die ersten zwölf Jahre nach Beginn eines Projekts. Allein Gazprom plant drei neue Ölförderprojekte. In Bovonenkovo, dem Fir-

menzentrum von Gazprom auf der Jamal-Halbinsel, soll zudem ein großes petrochemisches Werk entstehen. Gazprom will dort Polyethylene und Polypropylene (Plastik) produzieren.²⁴

Rosneft plant mit seinem Unternehmen *Vostok Oil* ebenfalls die Erschließung dreier neuer Ölfelder im Gebiet des Vankor-Öl- und Gasfeldes. Für den Export ist eine neue Pipeline zur Taymir-Halbinsel geplant.

Woher soll die Energie für diese und andere in Sibirien geplante Projekte kommen? Eine Möglichkeit wäre der Ausbau einer Technologie zur Energiegewinnung mit schwimmenden Atomkraftwerken (AKW), die Russland gerade erprobt. Mit der *Akademik Lomonossow* ging der Prototyp vor der Küste von Pewek im Autonomen Kreis der Tschuktschen, der *Tschukotka*, bereits in Betrieb. Gebaut wurde das mit zwei Reaktoren ausgestattete Atom-Schiff zehn Jahre lang in Murmansk. Es wurde von dort bis nach Pewek geschleppt, wo es im September 2019 festmachte. Die *Akademik Lomonossow* soll drei russische Bohrinseln vor Tschukotka und die Stadt Pewek mit Energie versorgen. Sie gilt als Prototyp für eine Flotte schwimmender AKWs, mit denen Russland abgelegene Gegenden mit Energie versorgen will. Diese Kraftwerke sollen aber auch in einer kleineren Version auf dem Weltmarkt angeboten werden. Umweltschützer kritisieren diese Technologie als sehr riskant, da man die Schiffe kaum vor äußeren Bedrohungen wie Stürmen oder Terrorakten schützen könne und bezeichneten die *Akademik Lomonossow* bereits als schwimmendes Tschernobyl oder Atom-Titanic. Dagegen sei die Tschukotka bestens für Windkraftanlagen geeignet. Diese Kritik lässt Russland nicht gelten. Befürworter der AKWs halten den Kritikern entgegen, dass die Windenergie „eine teure, umweltschädliche Dieselunterstützung oder einen teuren Energiespeicher“ erfordere und daher keineswegs sauber oder umweltfreundlich sei.²⁵



Nenzen mit ihren Rentieren
Foto: Grigorii Pisotsckii/Shutterstock.com

Sápmi: Die Sami zwischen Rentierzucht, Windparks und Bergbau²⁶

Sápmi, wie die nach Schätzungen insgesamt bis zu 100.000 Sami selbst ihr traditionelles Territorium nennen, umfasst den Norden Skandinaviens und den größten Teil der Kola-Halbinsel. Etwa 20.000 von ihnen leben in Schweden, betreiben Rentierhaltung, Landwirtschaft, Jagen, Sammeln und Fischen. 50.000 bis 70.000 Sami gibt es in Norwegen, etwa 8.000 in Finnland und gut 2.000 in Russland.²⁷ In Norwegen, Schweden und Finnland haben sie jeweils eigene Vertretungen durch Sami-Parlamente (SAMEDIGGI), auf der Kola-Halbinsel gibt es eine Vereinigung der Kola-Sami. Im Jahr 2000 gründeten die drei skandinavischen Sami-Parlamente den übergeordneten Parlamentarischen Rat der Sami (*Sami Parliamentary Council*). Darüber hinaus vertritt der Samirat (*Sami Council*) als NGO die Interessen samischer NGOs in allen vier Staaten.

Kaum zehn Prozent aller Sami leben heute noch ausschließlich von der Rentierwirtschaft, in der die Kultur aller Sami aber nach wie vor stark verwurzelt ist. Die wirtschaftliche Erschließung der Arktis durch Rohstoffförderung, Energiewirtschaft und die dazugehörige Infrastruktur behindert die Bewegungsfreiheit der Rentierherden und der Hirten und führt immer öfter auch zum Verlust von Weiden. Im Ernstfall müssen Sami-Hirten Futter für ihre Tiere hinzukaufen oder - wenn ihnen dafür das Geld fehlt - die Herden verkleinern. Das führt dazu, dass sie ihren Lebensun-

terhalt über kurz oder lang nicht mehr aus der Rentierhaltung bestreiten können und gezwungen sein werden, ihren Beruf und damit eine Jahrhunderte währende Kultur aufzugeben.²⁸

Norwegen - Grüne Energie auf Kosten der Sami

Norwegens Energiewirtschaft ist zunehmend geprägt von Windkraftanlagen, die für Abnehmer aus dem Ausland produzieren und zum Teil heftig umstritten sind, insbesondere dann, wenn sie in Regionen liegen, die von den Sami als Rentierweide genutzt werden. Die Sami haben bereits viel Weideland u.a. durch Projekte der Forst- und Energiewirtschaft verloren. Insgesamt leben etwa 600 bis 1000-Sami im Süden Norwegens.

Storheia auf der Fosen-Halbinsel im Südwesten Norwegens ist das wichtigste Winterweidegebiet der samischen Rentierzüchter-Gemeinschaft *Åerjel Njaarke Sijte*. Rund 44 Prozent dieses Gebiets dienen den Sami als Winterweide für ihre Tiere. Doch ausgerechnet hier soll ein großer Windpark entstehen. Zwar wurden die Sami zum *Projekt Storheia* konsultiert. Entschieden wurde dann aber über ihren Kopf hinweg. Die Windenergieanlage in *Storheia* soll zu einer der größten Onshore-Anlagen Europas ausgebaut werden. Seit 2016 werden hier von dem Konsortium *Fosen Vind SA* 80 Windturbinen, 60 Kilometer Straßen und eine Hochspannungsleitung errichtet.²⁹

Haupteigentümer ist mit 52,1 Prozent *Statkraft* (staatlicher norwegischer Energiekonzern). Ebenfalls große Anteile hat mit 40 Prozent *Nordic Wind Power DA*, ein Konsortium europäischer Investoren, gegründet von der *Credit Suisse Energy Infrastructure Partners AG*. Im Dezember 2018 forderte das *UN-Committee on the Elimination of Racial Discrimination (CERD)* Norwegen dazu auf, das Projekt auszusetzen. Es sollte einer Klage nachgegangen werden, dass das Projekt der Rentier-Weidewirtschaft der Sami schade. Zwar wurde CERD daraufhin versichert, dass man auf die Eingabe antworten werde, dass dies aber keine aufschiebende Wirkung habe, da das Projekt über alle nötigen Genehmigungen verfüge und schon fast vollendet sei.³⁰

Den Ruf der Windenergie als saubere Energie nutzen auch die *Stadtwerke München (SWM)*, die in einer Kooperation mit dem kommunalen norwegischen Unternehmen *Trønderenergie* vier neue Windparks bauen. Sie sollen die Windparks, die München bereits in Norwegen errichtet hat, ergänzen. Denn die Kommune will bis 2025 ihren gesamten Strombedarf aus grüner Energie decken. Dazu brauchen die Stadtwerke auch Windenergie aus Norwegen. Die vier Kraftwerke sollen geschätzt 300 Millionen Euro kosten und zusammen 330 Megawatt Leistung bringen. Die deutsch-norwegische Holding gehört zu 70 Prozent den Stadtwerken München. Deren Investmentdirektor Christian Vogt wechselte Anfang 2019 als Geschäftsführer der Holding nach Norwegen.

Der Verein „*La Naturen Leve*“ (frei übersetzt: *Die Natur soll leben*), in dem gut 3.000 Windparkgeg-

ner Norwegens landesweit zusammengeschlossen sind, protestierte schriftlich bei den Stadtwerken München gegen die neuen Windparks. Norwegen selbst brauche sie nicht, denn das Land könne seinen Energiebedarf aus Wasserkraft decken. Dagegen würden Windanlagen die Natur zerstören, von der der Tourismus lebe, der auch bei deutschen Reisenden sehr beliebt sei. Eines der vier neuen Windkraftprojekte soll im Gebiet *Stokkfjellet* entstehen. Damit droht den dort lebenden Sami eine große Katastrophe, denn die Windanlagen des *Stokkfjellet* werden die Wanderroute ihrer Rentiere blockieren. Es gebe heftige Proteste der lokalen Bevölkerung gegen die Windanlagen, da sie zudem die Natur zerstören, die Artenvielfalt verkleinern, Adler und andere Vögel gefährden würden. Darüber informierten die Trondheimer Grünen am 8. Januar 2019 die Stadtratsfraktion „*Die Grünen - Rosa Liste*“ in München.

Kupfermine Repparfjord

Die norwegische Regierung hat im Februar 2019 dem Unternehmen *Nussir ASA* die Genehmigung erteilt, am *Repparfjord* Kupfer, Silber, Gold und andere Metalle abzubauen. Zu den Hauptgeldgebern des Projektes gehört nach Recherchen der Gesellschaft für bedrohte Völker – Schweiz die schweizerische Großbank *Credit Suisse* als „*Nominee Shareholder*“ für unbekannte Kunden. Sie hält mit 20,6 Prozent den zweitgrößten Aktienanteil an der *Nussir ASA*. Im Rahmen der Kampagne „*Toxic Waste in Repparfjord? Credit Suisse: Stop banking against the Sami*“ fordern die betroffenen Sami-Gemeinschaften, das Sami-Parlament und

die *Gesellschaft für bedrohte Völker - Schweiz* die *Credit Suisse* auf, auf ihre Dienstleistung als *Nominee Shareholder* im Fall Nussir ASA zu verzichten. Zusätzlich sollen sich alle beteiligten Akteure dem „*Free, Prior and Informed Consent*“ (*FPIC*) verpflichten, einem völkerrechtlichen Ansatz zur Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts indigener Gemeinschaften.

Die Kupfermine liegt im äußersten Norden Norwegens nahe *Hammerfest*. Profitieren wird vom Bergbau die Kommune *Kvalsund*. Sie erhofft sich eine Stärkung des Industriestandorts, neue Arbeitsplätze und die Generierung von Einkommen und will damit der Abwanderung der Jugend aus dieser strukturschwachen Region entgegenwirken. Umweltzerstörung und ihre Folgen für die samischen Rentierzüchter*innen werden in Kauf genommen. Sami und Umweltaktivist*innen stehen dem Gesamtprojekt kritisch gegenüber. Besonders groß ist die Sorge, weil der Abraum des Kupferabbaus im *Repparfjord* verklappt werden soll. Die norwegische Regierung versichert zwar, dass dies keine negativen Auswirkungen haben werde. Erfahrungen mit einer früheren Off-Shore-Deponie im *Repparfjord* zeigten aber, dass die Lachs- und Kabeljaubestände stark zurückgingen und sich erst nach 13 Jahren erholten. Zudem befindet sich die Kupfermine in einem wichtigen Weidegebiet der samischen Rentier-Hirt*innen. Wenn sie es nicht mehr voll nutzen können, dann können sich die Tiere im Sommer nicht genug Reserven anfressen, um den Winter zu überstehen. Die Sami müssten dann zusätzlich füttern, was mit hohen Kosten verbunden ist. In letzter Konsequenz müssten Herden verkleinert oder gar abgeschafft werden, die Sami würden ihre Lebensgrundlage und damit auch ihre kulturelle Eigenständigkeit verlieren.³¹

Quarzabbau am Nasafjell

Die Rechte der Sami in Norwegen und Schweden verletzt ein Projekt für den Quarzabbau im *Nasafjell*, das von der Grenze durchquert wird. Das Projekt wurde von Norwegen bereits genehmigt und soll von dem norwegischen Unternehmen *Elkem* durchgeführt werden, das seit 2011 teilweise in chinesischem Besitz ist. *Elkem* will mit dem geförderten Quarz in eigenen Werken in Norwegen Solarzellen bauen. Die Region ist von großer Bedeutung für die norwegischen und schwedischen Rentierhalter*innen. Etwa 40.000 Tiere ziehen jedes Jahr hier durch. Direkt neben der geplanten Mine befinden sich sowohl der *Saltfjellet-Nationalpark* als auch das gleichnamige Landschaftsschutzgebiet. Bisher konnte *Elkem* noch keine Einigung mit den Rentier-Sami erzielen. Diese ist als Teil des Genehmigungsverfahrens aber notwendig. Im Oktober 2017 stellte das Unternehmen einen Antrag auf Enteignung der Sami beim Ministerium für Handel und Industrie. Die Quarzminen würden das Weidegebiet der Sami durchschneiden und die Rentierhaltung dadurch deutlich erschweren. Auch die schwedische Menschenrechtsorganisation *Civil Rights Defenders* befürchtet, dass der Bergbau die Menschenrechte der Sami verletzen wird. Sie forderte das Ministerium eindringlich auf, den Antrag auf Enteignung abzulehnen. Die norwegischen und schwedischen Sami verkündeten, dass keine Einigung zustande kommen würde, wenn es nach ihnen ginge, und beriefen sich auf ihr Recht als indigenes Volk. Ein Ende der Anhörungen war für den 10. Januar 2020 vorgesehen. Ein Urteil war Anfang März 2020 noch nicht bekannt.³²



Sami in traditioneller Kleidung mit seinem Rentier

Foto: Paula Funnell/Flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

Die Rechte der Sami in Norwegen

Lebensweise, Sprache und Kultur der 50.000 bis 70.000 Sami sind in der norwegischen Verfassung und durch mehrere internationale Abkommen und Konventionen geschützt. Gestützt auf das Sami-Gesetz von 1987 wurde 1989 ein „*Sameeting*“ (Sami-Parlament) gegründet, die parlamentarische Vertretung der Sami, welche die in der Verfassung verbriefte Stellung der Sami, ihre Kultur und ihre Sprache bewahren und vertreten soll. Norwegen hat die *Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)* ratifiziert. Art. 92 des *Grunnloven (norwegische Verfassung)* garantiert den Schutz der Menschenrechte. Auch das *Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (CERD)* und die *UNO-Pakte* sind in Norwegen anerkannt. Außerdem hat Norwegen als einziges Land in Skandinavien die *ILO-Konvention 169* der UN zu den Rechten indigener Völker ratifiziert. In Norwegen ist die Rentierzucht den Sami vorbehalten. Die Landrechte der Sami sind durch Art. 14 und Art. 15 der *ILO-Konvention 169* und Art. 5 lit. d Ziff. 5 in Verbindung mit Art. 2 Abs. 1 des *Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung* geschützt. Laut diesen Artikeln sind die Besitzrechte indigener Völker auf ihr Land zu respektieren und sie müssen bei Entscheidungen über die Verwaltung des Landes und seiner Ressourcen einbezogen werden.

Schweden - Riesiger Windpark in Markbygden behindert Rentierwanderung

In *Markbygden*, einem Gebiet nordwestlich von *Piteå*, baut das deutsch-schwedische Unternehmen *Svevind* gemeinsam mit dem deutschen Windkraftanlagen-Hersteller *Enercon* einen der größten Windparks der Welt. 1101 Anlagen sollen hier in drei Bauphasen bis 2020 gebaut werden. Bis zu sieben Milliarden Euro sollen in das Projekt investiert werden. Der gesamte Komplex soll eine

Leistung von etwa vier Gigawatt erbringen.³³

Das Baugebiet nahe *Piteå* ist Weideland der Sami. Hier treiben sie jedes Jahr ihre Herden entlang zu den Sommerweiden im Gebirge und zurück zu einer Halbinsel in der Nähe der Ortschaft. Diese Wanderungen werden durch die Windanlagen zu einem Hindernislauf für die Tiere werden. Das Weideland wird an Fläche schrumpfen, die Rentierhaltung wird immer schwieriger werden. In dieser Gegend soll der Windpark *Ersträsk* mit einer Gesamtleistung von 230 Megawatt (MW) und der Windpark *Markbygden* mit einer Gesamtleistung von 844,2 MW entstehen. Einen Teil der nötigen 800 Millionen Euro erhielt *Svevind* von der *Europäischen Investment Bank* und von deutschen Banken, so der *NordLB*, *KfW*, *IPEX-Bank* und *HSH Nordbank*. Das gesamte Projekt wird sieben Milliarden Euro kosten. Schon jetzt fürchten viele Sami, ihre Rentiere nicht retten zu können und diesen Erwerbszweig aufgeben zu müssen. Trotzdem genehmigt Stockholm immer mehr Industrieprojekte auf Rentierweiden. Die Rentierzucht ist zentraler Bestandteil der samischen Kultur. Nur Sami haben in Schweden das Recht, Rentiere zu halten. Doch die Zahl der Sami, die diesem Wirtschaftszweig nachgehen, geht zurück. Immer weniger können davon leben.³⁴

Gewohnheitsrecht der Sami in Schweden

Seit 1993 gibt es in Schweden das Sami-Parlament (*Sameting*), das rein beratenden Charakter hat. Schweden hat die *UN-Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO 169)* nicht ratifiziert und ist nicht verpflichtet, die etwa 20.000 Sami bei der Entscheidung über Projekte, die ihre Lebensbedingungen beeinflussen, einzubeziehen. Über die Bedingungen für die Rentierhaltung und um die Vergabe von Lizenzen für Jagd und Fischfang gibt es immer wieder Konflikte. Am 23. Januar 2020 konnten die Sami aus der Gemeinde *Girjas* einen ersten Erfolg erringen, der

in Schweden eine große Kontroverse auslöste. Sie gewannen einen knapp zehn Jahre andauernden Gerichtsprozess, dessen Urteil das samische Gewohnheitsrecht über staatliches Recht setzte. Die Sami der klagenden Gemeinde können die Jagd- und Fischereilizenzen jetzt selbst ausstellen und damit der Überfischung und Überjagung durch Nicht-Sami wirksam begegnen. Dieser Entscheid löste eine beispiellose Hasskampagne gegen die Sami von *Girjas* aus. In anonymen Botschaften wurden sie wüst beschimpft. *„Straßenschilder in Samisch wurden heimlich abmontiert. Kinder der Sami berichteten zu Hause, andere Kinder hätten ihnen in der Schule zugerufen, nun würden ihre Rentiere abgeschossen. Vergangene Woche war es dann soweit. Die ersten Kadaver von Rentieren wurden gefunden, zum Teil in Mülltüten gestopft und gut sichtbar entlang der Europastrasse 10 nördlich des Ortes Gälivare liegen gelassen. Offenbar waren die Tiere einen grausamen Tod gestorben.“*³⁵

Finnland - Rechte der Sami

Finnland ist den meisten UN-Menschenrechtsmechanismen beigetreten, hat aber die *Konvention 169 der ILO* bislang nicht ratifiziert. Die Verfassung von 1999 erkennt den Status der etwa 8.000 Sami als indigenes Volk an und spricht ihnen das Recht auf kulturelle Autonomie sowie sprachliche und kulturelle Selbstbestimmung innerhalb ihrer Region zu, die aus den Bezirken *Enontekiö, Inari* und *Utsjoki* sowie dem Gebiet der *Rentierbesitzer-Vereinigung Lapplands in Sodankylä* gebildet wird. Der *Sami Parliament Act* etabliert das finnische Sami-Parlament mit dem Mandat, die Sprache und Kultur der Sami und alle Angelegenheiten im Zusammenhang damit zu schützen. Das Parlament hat 20 Mitglieder und wird alle vier Jahre gewählt. Es hat ausschließlich beratende Funktion, wird vom finnischen Parlament zwar angehört, ist aber dort nicht selbst mit Abgeordneten vertreten. Staatliche Behörden sind dazu angehalten, mit dem Sami-Parlament

alle weitreichenden und wichtigen Maßnahmen auszuhandeln, die sie direkt oder indirekt betreffen. Das schließt Maßnahmen zur Verwaltung, Nutzung, Verpachtung und Zuordnung von Staatsland und Schutzgebieten ein.

Eine besondere Stellung haben die Skolt-Sami, die innerhalb des indigenen Gebietes von Inari leben. Der Skolt-Act erkennt ihren Dorfrat als Vertretungsorgan an und sieht vor, dass er in allen sie betreffenden Angelegenheiten konsultiert werden soll.

Das Sami-Parlament hat den finnischen Staat wiederholt dafür kritisiert, dass er den Sami keine Besitzrechte über Land und Ressourcen gewährt, sondern beides für sich in Anspruch nimmt, obwohl die Landfrage offiziell noch nicht geklärt ist. In staatlichen Studien zu Nutzungsrechten und Verwaltung im traditionellen Samigebiet wurde die Landbesitzfrage ausgeklammert. Der staatlichen Forstwirtschaft werden der Naturschutz und die Rechtsansprüche der Sami untergeordnet. Zwar existiert ein Gesetz, das die Vereinbarkeit von Rentierzucht und Holzwirtschaft regeln soll. Es besagt, dass das Weideland der Rentiere durch den Einschlag nicht nachhaltig geschädigt werden darf. Streitfragen werden vor Gericht jedoch meist zugunsten des Staates entschieden. Anders als in Norwegen und Schweden, wo die Rentierhaltung ein Privileg der Sami ist, ist sie in Finnland allen Bürger*innen erlaubt.

Neue Wege für Exporte und Importe: Die Arktis-Bahn

Rohstoffförderung, Forstwirtschaft und Infrastrukturprojekte greifen zunehmend in das Leben der Sami und *Skolt-Sami* ein. Das *finnische Ministerium für Verkehr und Kommunikation* plant seit Ende 2017 eine arktische Bahnverbindung zwischen *Rovaniemi* in Finnland und *Kirkenes* in Norwegen, die dem Warentransport und dem Tourismus dienen soll. Die Route soll dann durch den

Helsinki-Tallinn-Tunnel unter der Ostsee hindurch und weiter über Estland, Lettland, Litauen und Polen bis Deutschland führen. Fertiggestellt sein soll die Bahnverbindung bis 2030.³⁶ China hat bereits Interesse an der arktischen Eisenbahn geäußert und könnte zu einem wichtigen Investor für Finnland werden. Die Bahn würde für China den Anschluss an die Handelswege im immer länger eisfreien Nordpolarmeer ermöglichen und auch Tourist*innen deutlich günstiger in den Norden Europas bringen. Vonseiten der Sami gibt es dagegen Opposition. Die Bahntrasse würde ihr traditionelles Land und die nördlichen Rentierzuchtgebiete durchschneiden. Das Sami-Parlament hat sich gegen das Projekt ausgesprochen. Mitentscheiden kann es allerdings nicht. Anfang 2019 wurde das Projekt zunächst auf Eis gelegt. Die Wirtschaftlichkeit wurde infrage gestellt. Die Schäden für die Umwelt und die Lebensbedingungen der Sami wurden als hoch bewertet. Doch im Mai 2019 kündigte der finnische Multimillionär Peter Vesterbacka beim *Arctic Business Forum* in Rovaniemi, Finnland, an, in den *Helsinki-Tallinn-Tunnel* zu investieren und das Projekt damit wieder zum Leben zu erwecken. Er geht von einer Bauzeit von fünf bis zehn Jahren aus.³⁷

Ur-Wald ist für Rentiere unverzichtbar

„Die samische Lebensart ist durch eine enge Verbindung zur Natur gekennzeichnet“, erläutert Pekka Aikio, bis 2008 Präsident des Sami-Parlaments. *„Rentierhaltung, Fischen und Jagen sind als frühere samische Erwerbsformen nach wie vor das Rückgrat der Produktion und Bestandteil einer naturnahen Art zu leben. Während der Nachkriegszeit hat die intensive Nutzung der Bodenschätze auf dem samischen Gebiet vor allem durch die staatlichen Großunternehmen erheblich zugenommen. Dies hat oft zu Interessenskonflikten mit den traditionellen Erwerbsformen geführt.“* Finnland ist das waldreichste Land Europas. Es ist bis zu 78 Prozent mit Wald bedeckt. Rund 61 Prozent davon befinden

sich in Privatbesitz. Der Wald ist für alle zugänglich, denn für seine Nutzung gilt das „*Jedermanns-Recht*“. Die Rentiere sind im Winter auf die Wälder als Futterlieferant angewiesen. Nur in den uralten Wäldern, in denen weit über 500 Jahre alte Kiefern wachsen, gibt es Rentierflechten in ausreichender Menge. In den harten Wintern des finnischen Nordens sind sie das einzige Futter, das die Tiere im tiefen Schnee erreichen können. Die Urwälder können nicht durch Aufforstungsprojekte ersetzt werden, denn im jungen Wald wachsen die Flechten nicht. Etwa 40 Prozent der Sami betreiben in Finnland noch Rentierwirtschaft. Die samischen Rentierzüchter haben sich in Genossenschaften zusammengeschlossen.³⁸

Die finnische Forstindustrie ist nach der Metallindustrie die zweitgrößte Industriebranche des Landes. Sie macht 20 Prozent der Exporte aus. Die wichtigste Produktgruppe sind hierbei Papier und Pappe, danach folgen Zellstoffe und Schnittholz. Die Abholzung nahm 2017 massiv auf 76 Millionen Kubikmeter Holz zu. Aufgrund der vermehrten Nachfrage vor allem aus China und Finnlands Position als größter Holzlieferant Europas wurde in den vergangenen Jahren die Zellstoff- und Sägewerkindustrie massiv ausgebaut.³⁹

Russland - Die Kola-Sami: Diskriminierung fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Die Kola-Halbinsel liegt im äußersten Nordwesten Russlands und ist reich an Bodenschätzen wie Nickel, Kupfer, Eisenerz, Apatit, Nephelin, Palladium, Platin und Rhodium. Aufgrund des rücksichtslosen Abbaus dieser Rohstoffe gleicht die Kola-Halbinsel stellenweise einer schwermetallvergifteten Landschaft. Der Abraum, der durch den Abbau entsteht, wird größtenteils in Kombinatunmittelbar vor Ort verhüttet. Dies führt zu erheblicher Luftverschmutzung. Vor allem die Sami in der Region *Murmansk* sind davon stark betroffen. Die Kola-Halbinsel ist außerdem ein wichtiger mi-



Zwei weibliche Sami in Nationaltracht auf der Kola-Halbinsel

Foto: Archiv

litärischer Stützpunkt für zahlreiche Militäreinrichtungen der Nordflotte. Dort befinden sich Startrampen für Interkontinentalraketen und mehrere Kernkraftwerke.

Die Kola-Sami leben in dem *Oblast Murmansk* vor allem in den beiden Zentren *Lovozero* und *Revda*. Sie leiden unter einem Verdrängungswettbewerb um Land und Gewässer, auch die Tourismuswirtschaft setzt ihnen zu. Auf ihren Gebieten werden Kraftwerke, Staudämme, Fabriken und Militärbasen errichtet. Viele ihrer besten Fischfanggründe werden an westliche Tourist*innen und Investor*innen verpachtet. Weideflächen für Rentiere werden an Jagdgesellschaften vergeben. Von der russischen Regierung erwarten die Kola-Sami keine Unterstützung. 2002 gründeten sie im *Oblast Murmansk* den Verband der Kola-Sami. Nach dem Vorbild der Samiräte in den skandinavischen Staaten wählten sie 2010 in Murmansk auch eine Kola-Sami-Versammlung. Diese Vertretungen werden von der russischen Regierung nicht anerkannt.

Der Verband der Kola-Sami hat einen Sitz im Samirat einer NGO, in der Sami aus allen skandinavischen Staaten und aus Russland vertreten sind. Das oberste Organ des Samirates ist die Sami-Konferenz, die als einziges internationales Gremium die russischen Sami einschließt. Er ist nicht zu verwechseln mit den gleichnamigen Vertretungen der Sami in den skandinavischen Staaten. Die erste Konferenz fand 1953 in *Jokkmokk* in Schweden statt. Auf die Konferenz von 1956 gehen die Flagge der Sami, ihre Hymne und der 6. Februar als Nationalfeiertag zurück. Seit 1992 tagt der Samirat alle vier Jahre, seit der Gründung ihres Verbandes 2002 sind die Kola-Sami daran beteiligt.

Die Kola-Sami blicken auf eine lange Geschichte der Zwangskollektivierung, Einschränkungen in ihrem Nomadenleben und Zwangsumsiedlung zurück. Die Folgen sind bis heute zu spüren. Ihre

traditionelle Lebensweise, Sprache und Identität haben sie zum großen Teil verloren. Nur wenige Kola-Sami leben noch von der Rentierzucht. Zwar gibt es eine örtliche Fachschule für die Ausbildung zum Rentierzüchter, jedoch ist die Ausbildung sehr theorielastig und die Rentierhaltung wird schlecht bezahlt. Zudem ist die Rentierzucht nicht nur den Kola-Sami vorbehalten. Auch andere indigene Völker und Privatpersonen können Rentierzucht betreiben und machen den Kola-Sami zusätzlich Konkurrenz. Viele samische Jugendliche geben daher die traditionelle Lebensweise auf und suchen in den städtischen Zentren nach Alternativen.

Russland fühlt sich an internationale Konventionen zum Schutz der Rechte indigener Völker nicht gebunden. Die Implementierung eines föderalen Gesetzes über indigene Territorien wird von den Ministerien blockiert. Das russische Parlament (*Duma*) ratifizierte den UN-Pakt von 1966 über bürgerliche und politische Rechte (Zivilpakt). Dieser enthält in Teil I, Artikel 1, Abschnitt 2 ein ausdrückliches Verbot, einem Volk die Existenzgrundlage zu entziehen: *„Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner Existenzmittel beraubt werden.“*⁴⁰

Weiterhin beschloss die Duma in der Verfassung von 1993, Artikel 69, die Rechte der kleinen *„indigenen Völker des Nordens, Sibiriens und des Fernen Ostens“* zu respektieren. Im April 1999 verabschiedete die Duma das Gesetz *„Über die Garantien der Rechte der kleinen Völker der russischen Föderation“*, das die indigene sozioökonomische und kulturelle Entwicklung sichert. Das Gesetz spricht den kleinen Völkern Territorien zu, in denen sie traditionell Rentierzucht, Jagd, Fischerei und Sammeln betreiben können. Zudem ste-

hen diese Territorien unter Schutz und nur mit Rücksprache mit den Indigenen dürfen hier Wirtschafts- und Tourismusprojekte verwirklicht werden.⁴¹

Enteignung von Weideflächen

Im November 2018 versteigerte das Ministerium für natürliche Ressourcen und Umwelt von Murmansk ein Jagdrevier von circa 72 Hektar in *Lovo-zero*. Hierher wurden Kola-Sami zu Sowjetzeiten umgesiedelt. Das Gebiet ist ein Zentrum der samischen Rentierwirtschaft auf der Kola-Halbinsel und dient als Weide und Gebiet, in dem die Rentiere kalben. Dennoch wurde es für 30 Jahre an den *Belgorod Hunting Club (BEZRK)* versteigert. In dieser Region liegt auch der sehr fischreiche *Ponoi-Fluss*. Kola-Sami, die hier jagen oder fischen wollen, müssen jetzt dafür Lizenzen erwerben. Diese Umnutzung ihrer Rentierweiden geschah ohne Zustimmung und Absprache mit den Kola-Sami.

Alle Bemühungen der Sami-Vertreter*innen, mit den Behörden und dem Gouverneur von Murmansk in Kontakt zu treten, blieben erfolglos. Am 07. Februar 2020 nahm der Gouverneur an den Feiern zum Nationalfeiertag der Sami teil. Sein

Besuch war jedoch so kurz, dass eine Diskussion gar nicht zu Stande kam. Nun haben sich die Kola-Sami mit einer Beschwerde gegen die Regionalregierung an die Vereinten Nationen (UN) gewandt. Weiterführende Informationen zu dieser Angelegenheit sind noch nicht bekannt.⁴²

Auch auf der Kola-Halbinsel gibt es Pläne für neue Projekte im Industrie- und Hafenbau. Die russische Bundesregierung genehmigte Ende September 2019 die Einrichtung von drei neuen Umladepunkten in einer Bucht südlich der Insel Kildin, die in der Barentssee, etwa 20 km östlich der Kola-Bucht, liegt. Die Anlage wird in der Lage sein, zwei mit Flüssiggas (LNG) aus Yamal beladene Tankschiffe sowie ein Serviceschiff für Arbeiter, Kontroll- und Inspektionspersonal gleichzeitig abzufertigen. Das verflüssigte Erdgas wird von *Yamal LNG* produziert, dem von Novatek betriebenen Konsortium. Eine leistungsstarke Flotte arktischer Tanker wurde von Partnerunternehmen gebaut und dient nun dem Projekt. Das Yamal LNG hat eine Kapazität von mehr als 16,5 Millionen Tonnen LNG pro Jahr. Die Anlage in Kildin ist als temporäres Terminal gedacht, das bis zum Bau einer dauerhaften neuen Basis in der Ura-Bucht weiter westlich an der Küste der Kola-Halbinsel betrieben werden soll.⁴³

Wem gehört die Arktis?

Nach dem *Seerechtsübereinkommen (SRÜ)* der Vereinten Nationen (VN) von 1982 haben Staaten mit ozeanischer Küste das Recht auf begrenzte Kontrolle der Wasserfläche bis zu einer Entfernung von 200 Seemeilen (sm) (ca. 370 km) von der Basis-Küstenlinie. Die sechs Anrainerstaaten des Nordpolarmeeres mit Landfläche nördlich des Polarkreises, d.h. Norwegen, Island, Dänemark, Russland, die USA und Kanada, können daher in begrenztem Umfang souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse in Teilen des Nordpolarmeeres ausüben. Die Gebiete außerhalb dieser sogenannten „*ausschließlichen Wirtschaftszone*“ (AWZ) haben einen internationalen Rechtsstatus und sind Teil der Weltmeere. Die Gewässer sind für die Handelsschifffahrt, aber auch den Kreuzfahrttourismus von großem wirtschaftlichem Interesse, der Festlandsockel und der Meeresboden sind es wegen der dort vermuteten Rohstoffe.

Bisher haben nur Norwegen und Island „*Claims*“ in der Arktis abgesteckt, die von den VN gemäß SRÜ auch genehmigt wurden. Mehrere Länder, darunter Russland, Dänemark und Kanada, beanspruchen sich überlappende Gebiete, über die die VN noch nicht entschieden haben. Diese Konkurrenz um die enormen Ressourcen der Arktis erhöht die Gefahr, dass sich die Region zu einem Konfliktgebiet entwickeln könnte. „*Vor Kurzem haben die USA, die NATO und Russland begonnen, groß angelegte militärische Übungen im Hohen Norden Europas durchzuführen*“, so eine Analyse des Internetportals EURACTIV.de zum Thema Arktisvertrag vom 1. März 2019. Im Oktober 2018 bereits führte auch die NATO ihre größten militärischen Übungen seit dem Ende des Kalten Krieges im Norden Europas durch.

„In den vergangenen Jahren hat Russland seine militärische Präsenz in der Arktis verstärkt, unter anderem durch die Wiedereröffnung von Militärbasen aus der Sowjetzeit, den Einsatz neuer Waffen- und Radarsysteme sowie die Inbetriebnahme einer neuen Eisbrecherflotte [...] Die NATO-Verbündeten beobachten den Aufbau der russischen Kapazitäten in der Arktis genau,“ erklärte ein NATO-Beamter gegenüber EURACTIV. *„Und auch China sieht sich als ‚arktisnahe‘ Nation ohne Territorialbezug. Mit einem Weißbuch, in dem unter anderem die chinesischen Pläne für Seerouten durch das Nordmeer beschrieben werden, drängt Beijing auf ein Stück vom Arktis-Kuchen und denkt laut über den Aufbau einer ‚Polar-Seidenstraße‘ nach.“*⁴⁴

Im Mai 2008 steckten die sogenannten A5-Staaten Kanada, Dänemark, Norwegen, Russland und die USA in der Erklärung von Ilulissat ihre nationalen Ansprüche in der Arktis ab. Damit übergaben sie den für die Belange der Arktis eigentlich zuständigen Arktischen Rat und schlossen mit Schweden, Island und Finnland drei seiner Mitglieder, die selbst keinen direkten Zugang zum Arktischen Meer haben, aus. Auch die Indigenen, die EU und NGOs blieben ausgeklammert. Umweltschutz in der Arktis war ebenso wenig Thema wie die Territorial- oder Menschenrechte der Inuit, Sami oder indigenen Völker Sibiriens. Ausdrücklich lehnten die Unterzeichner der *Erklärung von Ilulissat* einen internationalen Arktisvertrag, dem auch Staaten die von der Arktis weit entfernt sind, beitreten können, ab. Ihr Ziel war die maximale Ausdehnung des jeweils eigenen äußeren Festlandsockels über die üblichen 200 Seemeilen hinaus. Davon versprachen sie sich die Verfügungsrechte über die dort lagernden Roh-

DIE ARKTIS



stoffe, die sie sich durch ein Arktisabkommen nicht einschränken lassen wollten.⁴⁵

Die von den Verhandlungen ausgeschlossenen Staaten reagierten entsprechend kritisch. Sie befürchten, dass die A5-Staaten bereits etablierte Gremien wie den Arktischen Rat unterlaufen könnten und dass indigene Völker angesichts des wachsenden Interesses am wirtschaftlichen Potential der Arktis überrannt werden könnten, wenn sie nicht in die Entscheidungsfindungsprozesse einbezogen werden.

Indigene Völker im Arktischen Rat

Eine Schlüsselrolle für die Suche nach verbindlichen internationalen Vereinbarungen spielt der *Arktische Rat*, der Zusammenschluss der acht Anrainerstaaten der Arktis, mit seinen Untergliederungen. Er soll die Interessen der einzelnen Nationalstaaten miteinander vereinbaren und entsprechend die Zusammenarbeit zwischen den Anrainerstaaten, der indigenen Bevölkerung und allen anderen Arktisbewohner*innen fördern.

Der Arktische Rat wurde 1996 von Kanada, Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, der Russischen Föderation, Schweden und den USA gegründet. Die indigenen Organisationen *Aleut International Association*, *Arctic Athabaskan Council*, *Gwich'in Council International*, *Inuit Circumpolar Council*, *Russian Association of Indigenous Peoples of the North (RAIPON)* und *Saami Council* vertreten als ständige Teilnehmer ohne Stimmrecht die indigenen Interessen im Arktischen Rat. Sie haben beratende Funktion und können sich mit Eingaben an den Diskussionen und der Entscheidungsfindung des Rates beteiligen. Noch unter der 1991 gegründeten Vorgängerorganisation *Arctic Environmental Protection Strategy (AEPS)* entstand 1994 das *Indigenous Peoples Secretariat (IPS)*. Es ging 1996 mit der Gründung des Arktischen Rates in der Gruppe der Ständigen Teilnehmer auf und hat seinen Sitz in Tromsø, Norwegen.⁴⁶

Außerdem gibt es 38 Beobachter, die den Gruppen der nicht-arktischen Staaten (Deutschland, Italien, Japan, China, Polen, Indien, Korea, Singapur, Spanien, Schweiz, Großbritannien und Frankreich), der zwischenstaatlichen und interparlamentarischen Organisationen (u.a. der *Nordische Ministerrat*, das *Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)* und das *Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)*) und Nichtregierungsorganisationen (NGO) angehören unter anderem die *dänische NGO für indigene Rechte IWGIA* und die *internationale Umweltorganisation WWF*. Hinzu kommen Expertengruppen und Task Forces.

Der Vorsitz des Arktischen Rates wechselt turnusgemäß bei dem alle zwei Jahre stattfindenden *Ministerial Meeting*. Bis 2021 hat Island diese Funktion inne. Die Aktivitäten des Arktischen Rates werden im Wesentlichen von seinen sechs Arbeitsgruppen umgesetzt, die nach einem eigenen Sitzungskalender tagen. Von ihnen kümmert sich die *Sustainable Development Working Group (SDWG)* um die Förderung der nachhaltigen Entwicklung arktischer Regionen und die Lebensbedingungen der arktischen Bevölkerung. Kathrin Stephen und Otto Habeck vom *Institute for Advanced Sustainability Studies* arbeiten darin als deutsche Experten mit.

Entscheidungen des Arktischen Rates werden von den Mitgliedsstaaten getroffen und müssen einstimmig sein. Die „*Ständigen Teilnehmer*“ müssen konsultiert werden. Regelmäßige Zustandsberichte der sechs Arbeitsgruppen dienen als Handlungsempfehlungen für den Arktischen Rat, der seinerseits auf dieser Grundlage nicht rechtsverbindliche Empfehlungen ausspricht. Ein eigenes Budget hat der Arktische Rat nicht. Seine Arbeit wird von den Mitgliedsstaaten finanziert.

Durch seine Arbeitsgruppen legt der Arktische Rat regelmäßig umfassende aktuelle Bewertungen der Umwelt- und Sozialbedingungen vor. Außerdem hat er den Ministertreffen der acht Arktisstaaten ein Forum für drei rechtsverbindliche Ab-

kommen geboten, so das „*Agreement on Cooperation on Aeronautical and Maritime Search and Rescue in the Arctic*“ (Abkommen über die Zusammenarbeit im Such- und Rettungsdienst, 2011), „*Agreement on Cooperation on Marine Oil Pollution Preparedness and Response in the Arctic*“ (Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Behandlung mariner Ölverschmutzung, 2013) und „*Agreement on Enhancing International Arctic Scientific Cooperation*“ (Abkommen über die Verbesserung der Internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit, 2017).

Ziele und Leitlinien der deutschen Arktispolitik

„Für Deutschland ist klar: Wir wollen keinen Wettbewerb um die Arktis, sondern mehr internationale Zusammenarbeit, um diesen einzigartigen Raum zu schützen. Wir wollen die Arktis als konfliktarme Region erhalten und die vorhandenen Ressourcen schonend nutzen“⁴⁷, erläutert Bundesaußenminister Heiko Maas die Grundlagen der deutschen Arktispolitik auf der Homepage des Auswärtigen Amtes. Die Bundesregierung setzt sich für den Einsatz umweltfreundlicher Technologien, die Anwendung höchster Umweltstandards und die Ausweisung von Schutzgebieten zur Bewahrung der biologischen Vielfalt in der Arktis ein. Die Interessen der indigenen Bevölkerung und die Wahrung von deren Rechten auf Freiheit, Gesundheit und Selbstbestimmung in ihrem Lebensraum sollen gestärkt werden. Außerdem setzt Deutschland auf freie und verantwortungsvolle Forschung, um mehr über die Arktis zu lernen und auf eine enge und regelbasierte Zusammenarbeit mit anderen

Ländern innerhalb eines gestärkten internationalen Rechtsrahmens. Deutschland engagiert sich deshalb im Arktischen Rat, in dem es Beobachter ist, sowie im Rahmen von EU und NATO für den Erhalt der Arktis als konfliktarme Region. Umweltbundesamt und Bundesamt für Naturschutz bringen ihr Wissen im Arktischen Rat ein.

In ihren im August 2019 veröffentlichten Arktisleitlinien betont die Bundesregierung mehrfach die besondere Rolle der indigenen Völker für die Bewahrung der Arktis. Das Abschlusskapitel ist ihnen gewidmet. „Die Erwärmung der Arktisregion, die zunehmende ökonomische Erschließung und Förderung arktischer Bodenschätze und die intensivierte Schifffahrt gefährden die natürlichen Lebensgrundlagen und kulturellen Traditionen der indigenen Bevölkerung durch Umweltschäden, Veränderung von Ökosystemen und erhöhte Gesundheitsrisiken“, heißt es dort unter anderem. „Eine der größten Herausforderungen besteht darin, lokale Erfordernisse, nationale Politik und globale Bedingungen miteinander zu vereinbaren. [...] Die Bundesregierung setzt sich für die indigene Bevölkerung der Arktis ein, insbesondere für die Respektierung und Anerkennung ihres Rechts auf Freiheit und Selbstbestimmung. [...] Die Bundesregierung setzt sich gemäß der UN-Deklaration zu den Rechten indigener Völker (UNDRIP) für die indigene Bevölkerung der Arktis ein und strebt die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 zum Schutz der indigenen Völker an. Die Bundesregierung begrüßt, dass die indigene Bevölkerung in die Entscheidungsfindung des Arktischen Rates als gleichberechtigte Partei einbezogen wird.“⁴⁸

Fußnoten

Grönland – Autonomiestatus schützt nicht vor Zukunftsangst

- ¹ <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/03/04/central-arctic-eu-Ato-enter-agreement-against-unregulated-fishing/>
- ² In Gefahr: Menschen der Inseln, pogram Nr. 312, 3_2019
- ³ <https://www.bbc.com/news/world-europe-48674797> (18 June 2019)
- ⁴ <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/klimawandel-geschaefsidee-groenland-will-schmelzwasser-an-unternehmen-verkaufen-a-fdc544af-135c-4eb5-8e98-348d0a17169f>
- ⁵ <https://www.bbc.com/news/world-europe-52396715>
- ⁶ As the ice melts, Greenland considers its future - BBC News.htm
- ⁷ <https://www.bbc.com/news/world-europe-46386867>
- ⁸ <https://thediplomat.com/2018/03/the-many-roles-of-greenland-in-chinas-developing-arctic-policy/>
- ⁹ <https://georgetownsecuritystudiesreview.org/author/cb1461/> Posted on file:///C:/Users/udelius.GFBV/AppData/Local/Microsoft/Windows/INetCache/Content.Outlook/WVRHGSJM/February%2014,%202019;
<https://georgetownsecuritystudiesreview.org/2019/02/14/how-to-keep-china-out-of-greenland-start-by-asking-the-greenlandic-people/>
- ¹⁰ https://www.deutschlandfunk.de/weiter-ohne-daenemark-groenland-und-die-unabhaengigkeit.795.de.html?dram:article_id=470682

Schatzkammer Sibirien – nur nicht für die Indigenen

- ¹¹ <https://www.survivalinternational.de/indigene/sibriens> -
- ¹² IWGIA - The Indigenous World 2019, S. 44ff.
- ¹³ <https://aborigen.org/>
- ¹⁴ David gegen Goliath in der Arktis. Indigene Völker leiden unter Rohstoffabbau; Gesellschaft für bedrohte Völker, März 2020

Die Taymir-Halbinsel in Nordsibirien wird geplündert – zu Lasten der Indigenen

- ¹⁵ <https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/313-druck-auf-minderheiten-globale-handelswege/indigene-voelker-in-nordsibirien/>
- ¹⁶ <https://www.gfbv.de/de/news/indigene-voelker-russlands-10061/>

¹⁷ David gegen Goliath in der Arktis. Indigene Völker leiden unter Rohstoffabbau; Gesellschaft für bedrohte Völker, März 2020)

Steinkohleabbau zerstört Existenzen der Schoren

¹⁸ <https://www.gfbv.de/de/informieren/laender-regionen-und-voelker/voelker/schoren/>

¹⁹ <https://www.culturalsurvival.org/sites/default/files/2019.05-Berezhkov-D.-and-Sulyandziga-P.-Criminalization-of-indigenous-activists-in-Russia%20%281%29%20%281%29.pdf> // <https://adcmemorial.org/www/14218.html?lang=en>; <https://www.rferl.org/a/russia-siberian-indigenous-activists-flee-fearing-for-safety/29176692.html>

²⁰ <https://ru.boell.org/en/2018/07/02/government-sides-coal-business-against-citizens>

Öl und Gas auf Kosten der Jamal-Nenzen - Deutschland profitiert durch Nord Stream 2

²¹ David gegen Goliath in der Arktis. Indigene Völker leiden unter Rohstoffabbau; Gesellschaft für bedrohte Völker, März 2020)

²² IWGIA- The Indigenous World 2019, S. 47ff.

²³ <https://globalvoices.org/2020/02/20/pipeline-problems-for-indigenous-peoples-on-russias-yamal-peninsula/>

²⁴ <https://thebarentsobserver.com/en/industry-and-energy/2019/12/putins-new-arctic-law-paves-way-biggest-ever-industrialization-worlds>

²⁵ www.ingenieur.de/technik/fachbereiche/energie/russland-belaedt-erstes-schwimmendes-atomkraftwerk/

<https://www.arctictoday.com/russias-powerful-new-icebreaker-runs-into-trouble-during-sea-trials/>

Sápmi: die Sami zwischen Rentierzucht, Windparks und Bergbau

²⁶ Zur Frage der Terminologie: In diesem Report wird die Bezeichnung Sami für die Indigenen in Nordeuropa benutzt, weil es der international benutzte Begriff ist, der bei den UN (PFII, Sonderberichterstatte, News Board) verwendet wird und näher an der Selbstbezeichnung ist; das deutsche Wort Samen wird nur in Deutschland verwendet, schon in der Schweiz benutzt man den Namen Sami; der Report soll aber über Deutschland hinaus Wirkung zeigen.

²⁷ Zahlen aus: Indigenous World 2019, IWGIA, Kopenhagen, April 2019

²⁸ <https://renrajd.de/zuhause-in-lappland/>
<https://peoplesclimatecase.caneurope.org/de/plaintiff/Saminuorra-association-of-young-Sami-from-sweden/>

²⁹ https://www.gfbv.ch/wp-content/uploads/Sami_fact-sheet_layout_d_def-1.pdf

Norwegen - Grüne Energie auf Kosten der Sami

³⁰ https://www.business-humanrights.org/sites/default/files/Sami_Fact%20Sheet%20De.pdf

- ³¹ <https://www.cleanthinking.de/norwegen-ist-schluessel-zur-energiewende/>
<https://www.gfbv.ch/de/kampagnen/norwegen-wenn-wirtschaftsprojekte-sami-rechte-verletzen/#kupfermine-repparfjord>
<https://orf.at/stories/3111661/>
<https://polarkreisportal.de/norwegen-kupfergrube-genehmigt-proteste-angekündigt>
<https://taz.de/Oslo-genehmigt-umstrittene-Kupfermine/!5641380/>
https://www.boell.de/en/2020/01/30/not-so-green-not-so-clean-are-green-technologies-silencing-local-communities?dimension1=ds_geoengineering
<https://polarkreisportal.de/quarz-und-kupfer-oder-rentier-und-fisch>
- ³² <https://taz.de/Umweltschutz-in-Norwegen/!5009683/>
<https://www.nrk.no/nordland/svensk-kommune-protesterer-mot-norsk-gruvedrift-pa-nasafjell-i-nordland-1.14867546>

Schweden - Riesiger Windpark in Markbygden behindert Rentierwanderung

- ³³ https://de.wikipedia.org/wiki/Windpark_Markbygden
- ³⁴ <https://www.windbranche.de/news/nachrichten/artikel-35920-enercon-realisiert-schwedischen-rekord-windpark>
<https://polarkreisportal.de/naechste-etappe-klar-fuer-europas-mega-windpark>
<https://www.stromauskunft.de/service/energienachrichten/529083.markbygden-europas-grter-windpark-im-norden-von-schweden/>
<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/neuer-windpark-in-lappland-krieg-der-rentierhalter-1.1852210-0#seite-3>
<https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/weltspiegel/sendung/ndr/2014/schweden-108.html>
<https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S1873965219301057#kwrds0010>
<https://renews.biz/52319/enercon-breaks-ground-on-844mw-markbygden-2/>
https://books.google.de/books?id=5pZUAgAAQBAJ&pg=PA375&lpg=PA375&dq=landrechte+der+Sami+schweden&source=bl&ots=Oz68UeJF70&sig=ACfU3U20wGyBoSsKgbaPS0QaLlSHH9bHg&hl=de&sa=X&ved=2ahUKEWia45L_8vHnAhUJsKQKHalzDRMQ6AEwCXoECAoQAQ#v=onepage&q=landrechte%20der%20Sami%20schweden&f=false
- ³⁵ <https://www.tagesanzeiger.ch/panorama/vermishtes/einen-tag-spaeter-kam-der-hass/story/27948633>

Finnland - Rechte der Sami

- ³⁶ <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/norwegen-und-finnland-planen-erste-arktisk-bahna-1197423.html>
- ³⁷ <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/norwegen-und-finnland-planen-erste-arktisk-bahna-1197423.html>
<http://www.saamicouncil.net/en/article/statement-on-the-arctic-railway/>
<https://newsnowfinland.fi/columnists/pirita-nakkalajarvi-column-three-reasons-to-be-critical-about-the-planned-arctic-railway>

<https://www.greenpeace.org/international/story/19101/on-track-for-disaster-how-the-arctic-railway-will-affect-you-and-the-climate/>

<https://thebarentsobserver.com/en/arctic/2018/03/finland-says-new-arctic-railway-should-lead-kirkenes>

<https://newsnowfinland.fi/domestic/environmentalists-and-Sami-politicians-hit-out-at-new-arctic-railway-proposal> (2019)

<https://polarkreisportal.de/unwirtschaftlich-bahn-plan-rovaniemi-kirkenes-wird-auf-eis-gelegt>

<https://thebarentsobserver.com/en/industry-and-energy/2019/04/lapland-authorities-plan-zones-controversial-rail-line>

https://yle.fi/uutiset/osasto/news/Sami_youth_group_protests_proposed_arctic_railway/10796067
Jugendgruppe der Sami protestiert gegen die Eisenbahn (05/2019)

<https://www.rcinet.ca/eye-on-the-arctic-special-reports/arctic-railway-saami-finland-indigenous/>

<https://www.lok-report.de/news/europa/item/7393-finnland-norwegen-voelkerrechtliche-aspekte-der-Sami-sprechen-gegen-die-arktische-eisenbahn.html>

https://www.deutschlandfunk.de/arctic-railway-in-finnland-eisenbahnprojekt-zum-eisfreien.769.de.html?dram:article_id=432225

³⁸ <https://www.gfbv.de/de/news/finnland-Sami-fordern-schutz-vor-urwaldzerstoerung-landrechte-und-respekt-vor-ihrer-kultur-717/>

³⁹ <https://www.tagesspiegel.de/politik/haeuser-statt-klopapier-wie-der-wald-in-finnland-zum-politikum-wurde/24510190.html>

<https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/finnland/finnlands-forstindustrie-investiert-kraeftig-110776;>

[https://www.forstpraxis.de/forstwirtschaft-in-finnland/;](https://www.forstpraxis.de/forstwirtschaft-in-finnland/)

<https://www.zeit.de/2019/16/finnland-waldschutz-forstwirtschaft-rodung-baeume-klimaschutz;>

<https://www.dw.com/de/finnland-kampf-gegen-abholzung-der-w%C3%A4lder/av-50329859;>

[https://gfbvblog.wordpress.com/2017/01/20/Sami-in-finnland-streiten-sich-mit-regierung-um-ihre-rechte/;](https://gfbvblog.wordpress.com/2017/01/20/Sami-in-finnland-streiten-sich-mit-regierung-um-ihre-rechte/)

<http://unsr.vtaulicorpuz.org/site/index.php/documents/country-reports/155-report-sapmi-2016>

Russland - Die Kola-Sami: Diskriminierung fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit

⁴⁰ Quelle: iccpr_de.pdf

⁴¹ siehe: Indigene kleine Völker des russischen Nordens, Wikimedia Liste; in: de.m.wikipedia.org

Wem gehört die Arktis?

- ⁴² <https://de.rbth.com/lifestyle/79834-lebensregeln-rentierhirten-halbinsel-kola>
<https://renrajd.com/zuhause-in-lapland/>; <http://www.gfbv.it/3dossier/eu-min/Sami.html#top>
<https://www.gfbv.de/de/news/die-saamiindigenes-volk-im-norden-europas-205>
https://books.google.de/books?id=tSkDVGTl5t8C&pg=PA121&lpg=PA121&dq=rechtliche+lage+kola-Sami&source=bl&ots=IbTf3yfUd5&sig=ACfU3U1Dw7YPkFfNmAmvLlfQkxjDz_ynbw&hl=de&sa=X&ved=2ahUKEwiK69CGppfoAhULyaQKHZP-BVU4ChDoATAAegQIBRAB#v=onepage&q=rechtliche%20lage%20kola-Sami&f=false
<https://books.google.de/books?id=wulzDwAAQBAJ&pg=PA209&lpg=PA209&dq=rechtliche+lage+kola-Sami&source=bl&ots=ctmwDo100P&sig=ACfU3U1tAcka4qCnZFy3tHfDTJTtO5QyzA&hl=de&sa=X&ved=2ahUKEwiLnfvUpJfoAhWqM-wKHex0AVAQ6AEwCXoECAoQAQ#v=onepage&q=rechtliche%20lage%20kola-Sami&f=false>
<https://www.ilo169.de/westsibirien-rausch-in-der-taiga/>
<https://europediplomatic.com/2019/03/31/Sami-ask-for-un-protection-from-russian-hunting-club/>
- ⁴³ <https://thebarentsobserver.com/en/industry-and-energy/2019/10/millions-tons-arctic-lng-soon-heading-towards-murmansk>
- ⁴⁴ <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/dank-klimawandel-die-arktis-wird-zum-geopolitischen-hotspot/>
- ⁴⁵ https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2008A53_wkn_ks.pdf
Ingo Winkelmann: Feste Spielregeln für die Aufteilung des Arktischen Ozeans. Zur Ilulissat-Erklärung der arktischen Anrainerstaaten, SWP-Aktuell 53, Juni 2008

Indigene Völker im Arktischen Rat

- ⁴⁶ <https://arctic-council.org/index.php/en/our-work/2/8-news-and-events/313-history-of-the-arctic-council-permanent-participants>; <https://www.arcticpeoples.com/#end>; https://www.arctic-office.de/fileadmin/user_upload/www.arctic-office.de/PDF_uploads/Arktischer_Rat/Factsheet_Arktischer_Rat.pdf;
<https://www.arcticpeoples.com/#intro>

Ziele und Leitlinien der deutschen Arktispolitik

- ⁴⁷ <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/internatrecht/einzelfragen/arktisleitlinien/2239800>
- ⁴⁸ Leitlinien deutscher Arktispolitik, Verantwortung übernehmen, Vertrauen schaffen, Zukunft gestalten, August 2019; 190821-arktisleitlinien.pdf



Teriberka, ein sterbender Ort der Kola-Sami

Foto: Ninara/Flickr (CC BY 2.0)

Impressum



Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0, Fax: +49 551 58028
E-Mail: info@gfbv.de, www.gfbv.de

Spendenkonto bei der Bank für Sozialwirtschaft:
(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070
(BIC) BFSWDE33HAN

Die GfbV ist eine Menschenrechtorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den Vereinten Nationen und mit mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros und Repräsentant*innen in Bosnien und Herzegowina, Deutschland, Großbritannien, Südtirol/Italien, Kurdistan/Irak, der Schweiz und den USA.

Autorinnen: Yvonne Bangert, Özge Özden, Tillia Götze
Redaktion: Inse Geismar, Linda Fiene, Sarah Brandmeier
Layout: Tanja Wieczorek
Titelbild: Inuit-Mann, Foto: Jerry Holland/Flickr

Menschenrechtsreport Nr. 88

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker
im Juni 2020

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker

Postfach 2024, D-37010 Göttingen

Tel.: +49 551 49906-0

Fax: +49 551 58028

E-Mail: info@gfbv.de

www.gfbv.de

Spendenkonto

bei der Bank für Sozialwirtschaft:

(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070

(BIC) BFSWDE33HAN